

**Zeitschrift:** Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse  
**Herausgeber:** Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl  
**Band:** - (1984)  
**Heft:** 22

**Rubrik:** Mit leichtem Donnergrollen fing es an ... : Zigeuner in Zürich?  
[Fortsetzung]

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Parlament

Zürcher Kantonsrat: Wie soll den Zigeunern geholfen werden? =

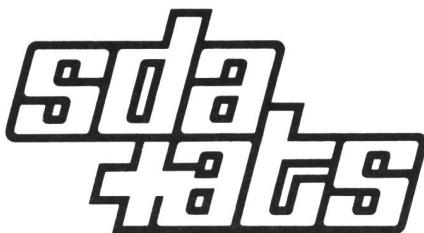
Zürich, 4. Juli (sda) Wie soll sich der Staat gegenüber Zigeunern oder Sippen des "fahrenden Volkes" verhalten? Der Zürcher Kantonsrat hat sich am Montag mit dieser Frage befasst und ein Postulat mit 76 gegen 43 Stimmen abgelehnt, das Verbesserungen der Aufenthalts-, Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten ethnischer Minderheiten verlangte.

Die Frage ist damit nicht eindeutig beantwortet; denn - so der Regierungsrat und die Mehrheit des Rates - "diese Leute (gemeint sind die Zigeuner) wollen anders sein als wir". Man soll sie darum nicht mit neuen Gesetzen und Reglementen belästigen. Für die Fahrenden soll möglichst auch kein Sonderrecht geschaffen werden, was sie nur zu Aussenseitern der Gesellschaft stempeln würde. Bessere Aufenthalts-, Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten führten nur zu einem Netz neuer Bestimmungen, worin sich die Fahrenden verfangen könnten. "Es soll vermieden werden", so der Regierungsrat, "dass spezielle gesetzgeberische oder administrative Massnahmen einen indirekten Zwang auf die Fahrenden ausüben, sich unseren Lebensverhältnissen anzupassen."

Eine andere Meinung lässt sich ebenfalls vertreten: Die beiden SP-Kantonsräte, die hinter dem parlamentarischen Vorstoss standen, betonten den andern humanitären Aspekt: Der Regierungsrat sollte in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit den anderen Kantonen, der Eidgenossenschaft und kompetenten Vertretern der Zigeunerminderheit den Aufenthalt der Fahrenden im Kanton Zürich erleichtern, Wohnwagenplätze bauen und sanitärische Einrichtungen bereitstellen. Der Regierungsrat sollte schliesslich in gesetzlicher und aministrativer Hinsicht die Einrichtung von Schulungsmöglichkeiten fördern, die den Kindern von Zigenauern einen Unterricht anbieten. Auch die beruflichen Fähigkeiten der Fahrenden sollten besser berücksichtigt werden.

Die Mehrheit des Zürcher Kantonsrat hat sich zu einem Nein gegenüber solch humanitärer Hilfe entschlossen, gestützt auf das Argument, alle Massnahmen des Staates bedeuteten nur Zwang für Minderheiten, die eben ganz anders sein wollen und keine Integration wünschten. Immerhin: In der Stadt Zürich wird geprüft, ob Fahrenden ein Durchgangsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Andere Gemeinden sind bestrebt, den Aufenthalt von Fahrenden durch die "jeweils geeigneten Massnahmen in geordnete Bahnen" zu lenken.

(st-gc)  
041659 jul 83



Agence Télégraphique Suisse SA  
Schweizerische Depeschenagentur AG  
Agenzia Telegrafica Svizzera SA



3071  
SVP-Frühstück in Zürich-Nord

## Gesetzliche Massnahmen gegen Zigeuner gefordert

ch. Harte gesetzliche Massnahmen gegen Zigeuner forderten am Samstag fast einstimmig die Teilnehmer eines Frühstücks, der von der Kreispartei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in Oerlikon veranstaltet worden war. Thema der Veranstaltung: «Die Zigeuner kommen», und gemeint war nach Zürich-Nord, genauer an die Hagenholzstrasse, wo von der Stadtverwaltung kürzlich der erste Lagerplatz für Fahrende bereitgestellt worden ist.

«Wir haben schon genug Probleme in unserer Stadt und in unserem Quartier: die Drogen, die aufmüpfige Jugend, die Luftverschmutzung, Verkehr, Lärm- und Geruchsimmissionen, die Kehrichtverbrennungsanlage usw. – und nun will man bei uns in Oerlikon auch noch das Zigeunerproblem abladen», so könnten die Teilnehmervoten stimmungsgerecht zusammengefasst werden, die an diesem recht emotionsgeladenen Apéro im Restaurant «Metzgerhalle» fielen. Durch den offiziellen Zigeunerlagerplatz an der Hagen-

holzstrasse fühlten sich viele Quartierbewohner, die dem SVP-Frühstück bewohnten, in ihrer Ruhe und Ordnung gestört. An WCs und Abfallkübel gewohnte Schweizer sehen sich konfrontiert mit Fahrenden, die weder das eine noch das andere benützen. Dies schürt offensichtlich eine starke Abneigung gegenüber den Zigeunern.

«Den Polizisten ist nicht zuzumuten, sich mit dem letzten Dreck herumschlagen zu müssen.» – «Was wir da alles in unserem Quartier antreffen, Neger, Metzisten und nun noch Zigeuner, die sollen sich entweder unseren Sitten anpassen oder an die Grenze gestellt werden.» Solche Worte wurden während des Frühstücks stets lauter geäussert – bis einer aufstand und meinte, er habe Angst vor solcherart Rassismus, der ihn an die Parolen des Dritten Reichs und die daraus resultierenden Folgen erinnere.

Die Stadt habe das Zigeunerproblem nicht gewollt, war die Antwort. Und dass

zahlreiche Fahrende vorab jugoslawischer und elässischer Herkunft hierzu lande ihr diebisches Unwesen trieben, sei eine unleugbare Tatsache. In diesem Zusammenhang erwähnte Bezirksanwalt Andreas Gerber die jüngsten Diebstähle von Zigeunerkindern, die im Juli Schlagzeilen machten. Allein im Kanton seien 20 teilweise unter 15jährige Jugoslawen verhaftet worden. Seine Kollegen Untersuchungsrichter sollten sich nicht scheuen, diebische Zigeuner Kinder für längere Zeit in Untersuchungshaft zu setzen, sagte Gerber. Die Kritik der Presse sei dann zwar gewiss, aber dieser müsse man mit mehr Zivilcourage begegnen.

Auch der SVP-Präsident Felix Mathys forderte eine härtere Anwendung der Gesetze. Mathys kritisierte die angeblich «allzu liberale Haltung der Behörden gegenüber Randgruppen». Unterstützt von seinem Kollegen Werner Furrer, betonte der Gesprächsleiter, SVP-Gemeinderat Ernst Büchi, ferner, dass ausländische Zigeuner durch ihr Verhalten ein schlechtes Licht auf die rund 25 000 in unserem Land beheimateten Fahrenden werfen würden. Dennoch sei vor einer Stimmungsmache in Richtung Rassismus zu warnen, meinten die beiden Politiker.

7.9.1990  
 ZÜRICH (CH)  
 100 116